



Nr. 12

27. März 2013

Inhalt

[dbb Positionen zum Wahljahr:](#)

[Deutschland braucht auch künftig einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst!](#) +++

[dbb-Spitze im Gespräch mit Petra Pau](#) +++

[dbb begrüßt Kompromiss zur Bestandsdatenauskunft](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW zu Besoldungsanpassung: Extreme Ungerechtigkeit verhindert, aber „gefühlte Nullrunde“](#) +++

[DBB NRW: Beamte sind stinksauer](#) +++

[dbb bremen fordert Übernahme des Tarifergebnisses](#) +++

[Kein Schadensersatz nach Streik — GDL sieht Parität gewahrt](#) +++

[Bundestag lehnt „Bundesfinanzpolizei“ ab – BDZ sieht sich bestärkt](#) +++

[Polizeigewerkschaft warnt vor zunehmender rechter Gewalt](#) +++

[Neue Runde im Wettbewerb um „Deutschen Lehrpreis“ gestartet](#) +++

[Namen und Nachrichten](#) +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Positionen zum Wahljahr: Deutschland braucht auch künftig einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst!

(dbb) Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist und bleibt die Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen in Deutschland. Auch in Zukunft müssen deshalb die Handlungsfähigkeit des Staates und die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden. Das ist eine der Kernforderungen, die der dbb beamtenbund und tarifunion in einem Positionspapier zum Wahljahr 2013 erhebt.

Unter dem Motto „Wofür wir stehen“ stellt der gewerkschaftliche Dachverband seine grundsätzlichen Positionen noch einmal klar. „Ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst gibt es keine verlässliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge, keine gleichen Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsbedingungen in Deutschland“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 26. März 2013. „Wer politische Verantwortung trägt, muss zudem wissen: Diese Verlässlichkeit des öffentlichen

Dienstes ist auch Voraussetzung für sozialen Frieden und eine prosperierende Wirtschaft.“

Im Einzelnen bündelt das Papier Aussagen, Vorschläge und Forderungen des dbb – neben dem Thema Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu den Bereichen Arbeit, Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, Steuern, Bildung, Verkehr sowie Europa.

Das Positionspapier des dbb zum Download unter: <http://bit.ly/11LvKwg> (01/12/13)

dbb-Spitze im Gespräch mit Petra Pau

(dbb) Anlässlich des Antrittsbesuchs bei der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, MdB, am 26. März 2013 hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Begleitung des Fachvorstandes Tarifpolitik Willi Russ und des Fachvorstandes Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra die gegenwärtigen Herausforderungen der Dienstrechts- und Tarifpolitik erläutert.

Der dbb Bundesvorsitzende verwies auf die jüngste Anhörung des Bundestagsinnenausschusses zu den voraussichtlich letzten in dieser Legislaturperiode noch anstehenden dienstrechtlichen Gesetzgebungsvorhaben in der Professorenbesoldung, dem Bundesbesoldungsgesetz, dem Familienpflegezeitgesetz für Beamte sowie dem Altersgeldgesetz. Er beschrieb zudem das Engagement des dbb im Demografieprozess auf Bundesebene. Die zurzeit stattfindende Besoldungsrunde in den Ländern verdeutliche die unterschiedlichen Handlungs- und Bewertungsspielräume bei der Übertragung des Tarifergebnisses. Im Meinungsaustausch bewerteten beide Seiten dies kritisch – gerade im Hinblick auf die Bewälti-

gung der demografischen Herausforderungen auf allen staatlichen Ebenen. Neben der Notwendigkeit, vorhandene Besoldungsabstände nicht weiter zu vergrößern, kam auch das strukturelle Defizit in Bezug auf die fehlende Entgeltordnung für Lehrer, insbesondere in Sachsen, zur Sprache.

Weitere Gesprächsthemen waren die Bundeswehrreform, die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie die Entwicklung der Bonn-Berlin-Thematik und die augenblickliche Situation der Sicherheitsbehörden des Bundes. Die Beteiligten kamen überein, die Gespräche fortzusetzen.

(02/12/13)

dbb begrüßt Kompromiss zur Bestandsdatenauskunft

(dbb) „Es ist ein Kompromiss der großen Bundestagsparteien, aber ein guter“, sagte Kirsten Lühmann, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, anlässlich des Beschlusses zur Bestandsdatenauskunft im Bundestag am 22. März 2013 in Berlin. „Es wurden erhebliche rechtsstaatliche Verbesserungen erreicht gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung.“

Die Bestandsdatenauskunft ist unerlässlich im Alltag der Polizei, des Zolls, der Kriminalämter und der Nachrichtendienste. Sie wird zum Beispiel bei der Verfolgung von Kinderpornographie im Netz gebraucht, aber auch zur Ermittlung eines Telefonanschlusshabers, der einen Selbstmord angekündigt hat. Liegt gegen eine Person ein Verdacht vor, kann die Polizei bei dem jeweiligen Telekommunikationsunternehmen eine Auskunft über Namen und Anschriften des Kunden erfragen. Das Bundesverfassungsgericht hatte jedoch explizite Regelungen für Auskünfte über dynamische IP-Adressen eingefordert, die einem Nutzer zugeordnet werden, sowie über Passwörter von E-Mail-Diensten des Kunden und PIN und PUK seines Mobiltelefons.

„Eine wesentliche Verbesserung ist, dass der Anwendungsbereich klarer gefasst wurde“, sagte Kirsten Lühmann. „Bei Auskünften über dynamische IP-Adressen und über Zugangssicherungs-codes gibt es jetzt die Pflicht, die Betroffenen zu benachrichtigen – das heißt, diese können Rechtsschutz dagegen in Anspruch nehmen. Bei heimlichen Auskünften über E-Mail-Passwörter oder Handy-PIN muss jetzt die Genehmigung eines Richters eingeholt werden“. Was die Behörden jedoch in keinem Fall erhalten, sind Informationen darüber, wer wann mit wem telefoniert hat oder wo sich ein Handy zu einer bestimmten Zeit befunden hat. Eine „Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür“, so die dbb-Vize, liegt hier also nicht vor.

(03/12/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW zu Besoldungsanpassung: Extreme Ungerechtigkeit verhindert, aber „gefühlte Nullrunde“

(dbb) Als zwiespältig hat der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) die Entscheidung der baden-württembergischen Landesregierung zur Besoldungsanpassung 2013/2014 bewertet. „Wir sind alles andere als glücklich über die Verschiebung, die alle Kolleginnen und Kollegen hart trifft und für Beschäftigte ab Besoldungsgruppe A 12 sogar eine gefühlte Nullrunde bedeutet“, sagte BBW-Chef Volker Stich am 20. März 2013.

Dennoch anerkenne der BBW auch das Bemühen der Koalition, insbesondere den Einsatz der SPD, baden-württembergischen Beamten und Versorgungsempfängern nicht vergleichbar extreme Ungerechtigkeiten zuzumuten, wie sie im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen vorgesehen sind. Dazu sagte Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist: „Zumindest das konnten wir verhindern.“

In Baden-Württemberg soll das Tarifergebnis inhaltsgleich, aber zeitlich versetzt auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wer-

den. Demnach erhalten Beamtinnen und Beamte bis Besoldungsgruppe A 9 und Versorgungsempfänger der entsprechenden Besoldungsgruppen die Erhöhung ihrer Bezüge in den Jahren 2013 und 2014 jeweils mit einer Verzögerung von sechs Monaten. Ab Besoldungsgruppe A 10 greift eine Verzögerung von jeweils neun Monaten und ab Besoldungsgruppe A 12 eine Verzögerung von jeweils 12 Monaten. Die Bezüge erhöhen sich für die Jahre 2013 und 2014 entsprechend dem Tarifergebnis.

(04/12/13)

DBB NRW: Beamte sind stinksauer

(dbb) Der DBB NRW hat in einem Schreiben an die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft scharf gegen die Absicht der Landesregierung protestiert, das Tarifergebnis für die Länderbeschäftigten nicht eins zu eins auf die Beamtenbesoldung zu übertragen.

In seinem Brief vom 21. März 2013 kündigte der Landesvorsitzende des DBB NRW, Meinolf Guntermann, an, dass die Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen die Entscheidung der Landesregierung nicht hinnehmen werden.

„Wenn es dabei bleibt, was Sie angekündigt haben, erhöht sich der Betrag, den ausschließlich Beamtinnen und Beamte jährlich zur Haushaltssanierung beitragen, von 2,1 Milliarden Euro auf sage und schreibe fast 3.000.000.000 Euro“, schreibt Guntermann.

Zudem sei das Vorhaben mit dem DBB NRW „weder besprochen noch abgesprochen“ worden. Guntermann: „Frau Kraft, wenn Sie bei Ihrer Entscheidung bleiben, werden rund 230.000 Beamtinnen und Beamten im elften Jahr in Folge reale Einkommensverluste zugemutet.“ Das sei nichts anderes als eine stille, aber stetige Enteignung. Insofern treffe die Darstellung der Ministerpräsidentin nicht zu, dass „keiner weniger erhalte“. Guntermann: „Null-Runden sind nach wirtschaftlicher und realer Betrachtung Minus-Runden.“
(05/12/13)

dbb bremen fordert Übernahme des Tarifergebnisses

(dbb) Auch der dbb bremen fordert die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Landesvorsitzender Jürgen Schröder schrieb am 14. März 2013 an den Präsidenten des Senats, Jens Böhrnsen: „Nachdem eine Einigung bei den Tarifverhandlungen für den Bereich der Tarifbeschäftigten der Länder erzielt wurde, erwarten wir die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung dieses Tarifabschlusses auf die bremischen Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger/innen, damit sie an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.“

„Einerseits wird die hohe Leistungskraft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hervorgehoben, andererseits wird aber eine bewusste Abkoppelung bei den anstehenden Gehaltssteigerungen angedacht“, so Schröder in seinem Schreiben. „Beamte haben in den vergangenen Jahren durch Sonderopfer ihren Beitrag zur Sanierung der Haushaltskassen bereits erbracht. Genannt seien hier zum Beispiel Weihnachtsgeldkürzung beziehungsweise Wegfall, Selbstbehalte bei der Beihilfe oder die

zeitverzögerten Übernahmen der Tarifergebnisse - wenn überhaupt.“

Schröder verwies auf Niedersachsen und Hamburg, die bereits die Übernahme des Tarifergebnisses signalisiert hätten: „Der Gleichklang der norddeutschen Küstenländer in Sachen Beamtenbesoldung muss gewahrt bleiben. Es darf hier keine Insellösungen geben.“ Selbst Mecklenburg Vorpommern erwäge eine Eins-zu-eins-Übernahme.
(06/12/13)

Kein Schadensersatz nach Streik — GDL sieht Parität gewahrt

(dbb) „Wir freuen uns über dieses klare Urteil.“ Mit diesen Worten reagierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, am 25. März 2013 auf die Abweisung der Klage der Flughafenbetreiber Fraport und der Gesellschaft Air Berlin gegen die Gewerkschaft der Fluglotsen vor dem Arbeitsgericht Frankfurt am Main.

Sie hatten insgesamt 9,5 Millionen Euro Schadenersatz wegen eines Streiks im Februar vergangenen Jahres gefordert. „Mit solchen Schadenersatzforderungen wollten die Arbeitgeber und sogar die nur mittelbar betroffene Air Berlin kleine, aber gut organisierte Gewerkschaften entmachten. Wenn Umsatzeinbußen aufgrund eines rechtmäßigen Streiks auf Gewerkschaften abgewälzt werden könnten, wären Arbeitskämpfe völlig wirkungslos“, so

Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Ziel von Arbeitskämpfmaßnahmen seien als Ultima-Ratio-Mittel nun einmal wirtschaftliche Einbußen für das Unternehmen. „Wer diese mit Schadenersatzklagen abwenden will, will die Parität zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in Tarifverhandlungen abschaffen.“

(07/12/13)

Bundestag lehnt "Bundesfinanzpolizei" ab – BDZ sieht sich bestärkt

(dbb) Der Antrag der Bundestagsfraktion Die Linke mit dem Ziel der Errichtung einer „Bundesfinanzpolizei“ ist in der Bundestagsdebatte am 22. März 2013 fraktionsübergreifend auf breite Ablehnung gestoßen. Das Plenum überwies den Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die eine Überweisung in den Innenausschuss gefordert hatten, in den Finanzausschuss. Mit dieser Entscheidung habe das Parlament bereits ein Zeichen gesetzt, sagte Klaus H. Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft. Gleichwohl bleibe der weitere Verlauf des parlamentarischen Verfahrens abzuwarten.

Nach dem Willen der Linken soll eine selbstständige, originär polizeilich ausgerichtete „Bundesfinanzpolizei“ als „Polizei mit begrenzten Aufgaben“ aus der Bundeszollverwaltung herausgelöst werden. Der dreigliedrige Verwaltungsaufbau der bisherigen Zollverwaltung soll dem Antrag zufolge zu Gunsten einer zweigliedrigen Struktur aufgehoben, die Ermittlungs-, Fahndungs- und Kontrollenheiten des Zolls gebündelt und eine einheitliche Führung und Fachaufsicht installiert werden.

Leprich sieht den BDZ durch die parlamentari-

sche Debatte in seiner Position bestärkt. Die „Vision“ einer „Bundesfinanzpolizei“ sei parlamentarisch offensichtlich nicht mehrheitsfähig. Leprich: „Wir brauchen keine 'Bundesfinanzpolizei', um die Kriminalität in unseren Zuständigkeiten noch wirksamer bekämpfen zu können. Aber - und das ist unbestritten -, die Prüf-, Ermittlungs-, Fahndungsdienst- und Kontrollenheiten müssen im Rahmen ihrer engen Vernetzung in der Bundeszollverwaltung gestärkt werden, damit sie noch schlagkräftiger werden.“

(08/12/13)

Polizeigewerkschaft warnt vor zunehmender rechter Gewalt

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) rechnet mit einer weiteren Zunahme rechtsextremer Gewalt in Deutschland. „Es wird noch schlimmer werden“, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt den Dortmunder „Ruhr Nachrichten“ (Ausgabe vom 25. März 2013).

Das Thema müsse bei der nächsten Sitzung der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern auf die Tagesordnung. „Es hat in den vergangenen Jahrzehnten die Neigung gegeben, die Gefahr künstlich kleinzureden“, kritisierte Wendt. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hatte zuvor mitgeteilt, dass die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten im vergangenen Jahr um vier Prozent gestiegen sei. Zudem sinke die Hemmschwelle, Gewalt

auszuüben, dramatisch.

Wendt hielt es zudem für möglich, dass die rechte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) noch mehr Helfer und Helfershelfer hatte als bekannt. „Man kann nicht ausschließen, dass der Unterstützerkreis noch größer war“, sagte er zu Berichten, wonach auf einer geheimen Liste der Sicherheitsbehörden 129 NSU-Helfer vermerkt seien. (09/12/13)

Neue Runde im Wettbewerb um „Deutschen Lehrerpreis“ gestartet

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPfV) und die Vodafone Stiftung Deutschland haben am 26. März 2013 zum 5. Mal in einer gemeinsamen Initiative zum bundesweiten Wettbewerb „Deutscher Lehrerpreis - Unterricht innovativ“ aufgerufen. Die Initiatoren wollen mit dem Preis besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer für ihren großen Einsatz, ihre Persönlichkeit sowie ihren prägenden Unterricht ehren, um zu zeigen, wie wichtig Lehrerinnen und Lehrer für die Zukunft von Schülerinnen und Schülern sind. Zudem möchten sie die Verbreitung innovativer Unterrichtskonzepte fördern.

Der Wettbewerb wird in zwei Kategorien ausgeschrieben: Die erste Kategorie „Lehrer: Unterricht innovativ“ wendet sich direkt an Lehrerinnen und Lehrer aus dem Sekundarbereich an deutschen Schulen, die fächerübergreifend unterrichten und im Team zusammenarbeiten. Für außergewöhnliche ideenreiche Unterrichtskonzepte werden Preise im Gesamtwert von 13.000 Euro ausgeschrieben. Die Anmeldung ist bis zum 15. Mai 2013 möglich. Die kompletten Wettbewerbsunterlagen sollten dann bis zum 30. Juni 2013 eingereicht werden.

Schüler des Abschlussjahrganges 2013 (oder 2012) an weiterführenden Schulen besonders engagierte Lehrer, die ein verantwortungsvolles Miteinander fördern. Die ausgezeichneten Lehrkräfte erhalten zur Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistung eine exklusive Trophäe. Für Schülerinnen und Schüler gibt es Reisen nach Berlin zur Preisverleihung, Zeppeleinrundflüge über den Bodensee und zwei iPods zu gewinnen. Die Nominierung ist bis zum 30. Juni 2013 möglich. (Mehr Informationen unter www.lehrerpreis.de) (10/12/13)

In der zweiten Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“ nominieren Schülerinnen und

Namen und Nachrichten

(dbb) Beamte haben nach den Maßgaben der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) einen Anspruch auf Abgeltung des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubs, den sie krankheitsbedingt bis zum Eintritt in den Ruhestand nicht mehr nehmen konnten. Das hat das Bundesverwal-

tungsgericht in Leipzig am 31. Januar 2013 entschieden. Nun liegt die Urteilsbegründung vor. Der **dbb** rät allen Beamten, die ab dem Jahr 2010 krankheitsbedingt in den Ruhestand getreten sind und zuvor ihren europarechtlich garantierten und noch nicht verfallenen Mindesturlaub von vier Wochen nicht in Anspruch

genommen haben, gegenüber ihren Dienstherren einen entsprechenden Antrag auf Urlaubsabgeltung zu stellen.

Am 25. März 2013 haben der **dbb** und der Kommunale Arbeitgeberverband Hessen (KAV Hessen) ein erstes Tarifgespräch zum Tarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Hessen (TV-N Hessen) geführt. Wie es in einer Mitglieder-Information heißt, wurden diesem Gespräch zunächst die grundsätzlichen Positionen zur Weiterentwicklung des Tarifvertrages ausgetauscht. Aus Sicht des dbb müssen Themen wie „Verbesserungen der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen“ und „Zukunftssicherung“ im Vordergrund der weiteren Tarifverhandlungen stehen und einen Verhandlungsschwerpunkt bilden. Auch die redaktionelle Anpassung einiger Regelungen des Tarifvertrages an geänderte rechtliche Rahmenbedingungen ist notwendig. In den weiteren Tarifverhandlungen soll detailliert und konstruktiv über die genannten Forderungen gesprochen werden.

Die Ermahnung des Finanzsenators Ulrich Nußbaum, die Berliner Beamten sollten sich in finanzieller Hinsicht gedulden, ist beim Landesvorsitzenden des dbb berlin, **Joachim Jetschmann**, auf scharfen Widerspruch gestoßen. „Längst sind die Landesbeamtinnen und Landesbeamten nicht mehr geduldig, sie sind wütend über das bereits mehrere Jahre andauernde Verzögern der Anpassung der

Besoldung und der Versorgung an das Niveau der anderen Bundesländer und des Bundes“, sagte Jetschmann am 25. März 2013.

Jetschmann bekräftigte zudem die Forderung des dbb berlin, dass neben dem Abbau des Besoldungsrückstandes auch die linearen Entgelterhöhungen aus der Tarifeinigung für die Landesbeschäftigten vom 9. März 2013 übernommen werden müssten.

Tief betroffen hat die Bundesleitung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf den Absturz zweier Hubschrauber der Bundespolizei während einer längerfristig geplanten Übung am 21. März 2013 in Berlin reagiert, bei dem ein Kollege ums Leben kam und weitere zum Teil schwer verletzt worden waren. „Unser ganzes Mitgefühl gilt den Angehörigen des verstorbenen Kollegen“, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt**. Den verletzten Beamten wünschte er baldige Genesung. Zugleich wies Wendt darauf hin, dass Übungen notwendig seien - auch – wie in diesem Falle – unter schlechten Wetterbedingungen. Bestürzt zeigte sich auch die Bundespolizeigewerkschaft. Deren 2. Vorsitzender **Hans-Joachim Zastrow** sagte, der Unfall mache deutlich, welchen Gefahren die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei tagtäglich bei der Ausübung ihrer Arbeit ausgesetzt seien. (11/12/13)

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Ostertage